

f. Herrn sagt, ich bin Staat  
 Ihre zur Vertretung der  
 Vorparlamentarische - für Verträge  
 das sei, bis es gewissmaßen der  
 Geist "i" - n. Staat. Diese von  
 von dem großen  
 kam d. brüder  
 eine der gewaltig  
 über seinen Kopf  
 ist, das ist, so die  
 ...

über die Presse! Was  
 Freiheit! Gewaltsam  
 ...

Verein zur Förderung  
 einer  
**ROSA-LUXEMBURG-  
 STIFTUNG**

ffess  
 ...

[ Freiheit ist  
 keine Freiheit  
 ...

Freiheit ist nicht  
 Aushöhlung der Freiheit  
 nur für die Mächtigen  
 ...

seine eigenen Part  
 dies zutreffend habe  
 ...

Verein zur Förderung einer

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mitteilungen

3

Leipzig 1991

Verein zur Förderung  
einer  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Rosa-Luxemburg-Straße 19-21  
O-7010 Leipzig

Redaktion und Herstellung:  
Giesela und Manfred Neuhaus, Hans Rossmann und Bärbel Wetzel

Das Faksimile aus Rosa Luxemburgs "Zur russischen Revolution" (Blatt 100) ist der von Annelies Laschitzka besorgten Edition "Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts 'Zur russischen Revolution' und andere Quellen zur Polemik mit Lenin", Dietz Verlag Berlin 1990, S. 152 entnommen.

## INHALTSVERZEICHNIS

KURT PÄTZOLD

Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR.  
Ein kritischer Rückblick S. 3

WERNER BRAMKE

Carl Goerdclers Weg in den Widerstand S. 17

Nächste Veranstaltungen S. 31

Informationen des Vorstands S. 33



# FASCHISMUS- UND ANTIFASCHISMUSFORSCHUNG IN DER DDR EIN KRITISCHER RÜCKBLICK

von Kurt Pätzold\*

Millionen Menschen, die in der DDR gelebt haben, suchen ein neues Selbstverständnis, das sie ohne das Begreifen ihrer eigenen Geschichte schwerlich finden können. Auch wenn dieses Geschichtsinteresse der Bürger in den neuen Bundesländern gegenwärtig gleichsam übertönt wird durch die Gefangenheit von so vielen in Gegenwartssorgen und Zukunftsängsten, so werden die Fragen an die eigene gemeinsame und individuelle Vergangenheit doch nicht absterben, sondern durch künftige Entwicklungen in einer nicht vorherbestimmbaren Weise revitalisiert werden. Mit der "Verdrängung" von Vergangenheit besitzen gerade die Deutschen ihre ungoten Erfahrungen.<sup>1</sup>

Die Notwendigkeit, Geschichte neu zu durchdenken und frühere Ergebnisse historiographischer Arbeit kritisch und selbstkritisch zu überprüfen, erstreckt sich für die einstige DDR-Geschichtswissenschaft aber keineswegs nur auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Das politische Interesse, die DDR und in ihr insbesondere die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als die gesetzmäßigen "Sieger der Geschichte" auszuweisen, die durch keinerlei Wechselfall der Geschichte wieder beseitigt werden könnten, hinterließ auch in der Geschichtsbetrachtung unverkennbar wissenschaftsfremde und -deformierende Spuren. Das galt namentlich für die Geschichte der deutschen (als Teil der internationalen) Arbeiterbewegung und da wiederum für die Zeitspanne seit der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands an der Jahreswende 1918/19.

---

\* Prof. Dr. Kurt Pätzold, Humboldt-Universität zu Berlin, beschäftigt sich mit Forschungen zum Faschismus und speziell mit Fragen der Judenverfolgung. Dazu liegen u.a. folgende Buchpublikationen vor: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Berlin 1975; Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Leipzig 1983; Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens (mit Manfred Weißbecker). Berlin 1982. Der hier gedruckte Beitrag ist ein Auszug aus einer umfangreicheren Studie, die im April 1991 für eine in den USA erscheinende Zeitschrift abgeschlossen wurde.

1. Sie vollzog sich in weiten Kreisen der Bevölkerung schon nach dem Ende des ersten Weltkriegs, als mit der Anti-Versailles-Kampagne, getragen von der Mehrheit der politischen Parteien, die Frage nach der deutschen Kriegsschuld nahezu ganz überdröhnt wurde, und mit der Dolchstoß-Legende, derzufolge das deutsche Heer "im Felde unbesiegt" geblieben sei, von der militärischen Niederlage abgelenkt wurde.

Die Kämpfe jenes Vierteljahrhunderts zwischen dem Ende des Ersten und dem des Zweiten Weltkriegs wurden als die unmittelbare Vorgeschichte der DDR gedeutet und die eigenen Leistungen und Wirkungen der kommunistischen Bewegung in Deutschland mehrfach unzulässig vergrößert und vergrößert.<sup>1</sup> Wichtiger aber und folgenschwer wurde, daß die Nachwirkungen dieser Etappe deutscher Geschichte in die DDR hinein ausschließlich unter dem Gesichtspunkt positiver Traditionslinien (oder als positiv anerkannter Traditionslinien) gesehen wurde. Auch als in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit der wachsenden (im Vergleich zur Bundesrepublik aber geringen) Zahl von in der DDR lebenden Ausländern deutliche Erscheinungen der Ausländerfeindlichkeit zu bemerken waren und sich – freilich sehr vereinzelt – Jugendliche antisemitisch "hervortaten", wurde nicht gefragt, ob die Lehren aus deutscher Geschichte wirklich gezogen waren, sondern alles Negative als nichtverhinderter ideologischer Westimport kategorisiert, anstatt die übergroße Mehrheit der durch diese Vorkommnisse aufgeschreckten DDR-Gesellschaft zu alarmieren und geistig und moralisch zu mobilisieren. Voraussetzungen und Vorleistungen dafür existierten auch und gerade dank einer Vielfalt von geschichtswissenschaftlichen Anstrengungen.

Was immer über Herangehensweise und Resultate der DDR-Historiographie an die Faschismusforschung kritisch gesagt werden muß, sie war durch beachtliche Forschungen und Publikationen seit den siebziger Jahren hervorgetreten und hatte sich auch eine unbestritten internationale Achtung erworben.<sup>2</sup>

In der DDR-Geschichtsschreibung zur Geschichte des deutschen Faschismus hatten sich einige Schwerpunkte herausgebildet, die sich zum Teil mit jenen in der Historiographie der Bundesrepublik deckten, zum Teil davon abwichen. Besondere Aufmerksamkeit zog die Frage auf sich, warum die Naziapartei sich im Weimarer Staat zu einer Massenpartei, der größten in Deutschland, entwickeln konnte und welche Faktoren ihr schließlich

---

1. Einerseits wurde wahrheitsgemäß betont, daß der Beitrag der deutschen Antifaschisten zum Sturz des Hitlerregimes bescheiden war und dessen Vernichtung durch die militärischen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition erkämpft wurde, andererseits verursachte die Art und Weise der Darstellung des deutschen Widerstands und die gleichzeitige weitgehende Ausblendung des Verhaltens der Bevölkerungsmasse zum Naziregime aber ein weit überdimensioniertes Bild von den deutschen Gegenkräften und ihren Aktionen.

2. Orientierende Überblicke von den historischen Forschungen in der DDR legte die "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" in Sonderbänden im Abstand von jeweils zehn Jahren anlässlich von Internationalen Historiker-Kongressen vor (1960, 1970 und 1980). Der für 1990 anlässlich des Madrider Kongresses vorbereitete Band kam nicht mehr zum Druck, da sich zu dieser Zeit eine neue und in ganz anderer Weise kritische Sicht auf die eigenen Leistungen anzubahnen begann.

den durchschlagenden Erfolg des 30. Januar 1933 sicherten. Zeitlich und gedanklich daran anschließend, widmeten Historiker in der DDR der Analyse des Wesens des Nazistaates und seiner Ziele besonderes Interesse. Das Regime wurde als ein von Anfang an (ohne eine auch nur kurze "Friedensperiode") dem Krieg zustrebendes Staatswesen begriffen und sein Weg in den Krieg nachgezeichnet.<sup>1</sup> Dessen ökonomische, politische und ideologische Vorbereitung bildete ebenso den Gegenstand eingehender Untersuchungen wie der Verlauf des Krieges selbst. Ja, die Kriegsjahre wurden sogar eingehender erforscht als die Zeitspanne von 1933 bis 1939<sup>2</sup>, und das stand – berücksichtigt man den Zusammenhang von wissenschaftlichem und politischem Interesse, wie er in der DDR verstanden und hergestellt wurde – sogar in einem deutlichen Widerspruch zu dem erklärten und ernstgemeinten Vorsatz, künftig Kriege zu vermeiden.

Als die DDR-Geschichtswissenschaft mit dem Staat zerbrach, war klar, daß eine gewisse Umgruppierung der Faschismus-Experten dringend bevorstand und mehr Kräfte auf die Erforschung der Vorkriegsjahre gelenkt werden mußten. Doch ging es um mehr als nur um eine veränderte Kräfteverteilung. Zu den kaum untersuchten Themen gehörte die Aufklärung der Motivstruktur und der anderen Faktoren, die dem Regime eine Massengolgschaft von beispiellosem Ausmaß eingetragen hatte.<sup>3</sup> Neuerdings wird gefragt, ob die weitgehende Vernachlässigung gerade dieses Themas nicht aus dem Kalkül der führenden Politiker der DDR erwuchs, Gedanken an die Identität oder Ähnlichkeit von Herrschaftspraktiken im Faschismus und im DDR-Staat gar nicht erst aufkommen zu lassen. Anhand von Dokumenten oder anderen verlässlichen Quellen läßt sich darauf (noch?) nicht antworten. Auszuschließen ist nicht, daß solche Berechnungen existieren. Sicher ist aber,

---

1. Siehe den Aufsatzband von Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.) "Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre 1935/36 – 1939" (Berlin 1989).

2. Für die Kriegsjahre 1939 bis 1945 liegt eine Darstellung in sechs Bänden vor "Deutschland im Zweiten Weltkrieg." (Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1974-1985). Demgegenüber folgte der Darstellung von Erich Paterna u.a. "Deutschland von 1933 bis 1939" (Berlin 1969) über zwanzig Jahre keine weitere zusammenfassende Abhandlung der Vorkriegsjahre.

3. Der Autor dieser Zeilen gab dazu eine konzeptionelle Anregung und befaßte sich selbst u.a. mit der Rassen- und Friedensdemagogie des Regimes. Vgl. Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. In: Grundlagen und Herrschaftsmechanismus des deutschen Faschismus. Antifaschistischer Kampf. Teil I. In: Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1980/42 (C 16). Halle 1980.



daß der Gegenstand vielfach von Politikern als absseitig und uninteressant angesehen wurde.<sup>1</sup>

War noch verständlich, daß in den fünfziger Jahren unter den Bedingungen des Kalten Krieges auch die Schärfe und Zuspitzung der Auseinandersetzung über die jüngste faschistische Vergangenheit nachließ und der unbestreitbare Wandlungsprozeß im Denken und Verhalten vieler einstiger Gefolgsleute des Faschismus zum Argument diente, "ihnen die verflorenen Jahre nicht ständig um den Kopf zu schlagen", so war es doch nicht zu rechtfertigen, hier eine Forschungslücke entstehen zu lassen, die das ganze Bild des Naziregimes schief und auch unbegreifbar werden ließ. Denn wenn von den Massen und den Beweggründen ihres Verhaltens, dieses System zu stützen, nicht gehandelt wurde, dann blieben nur die faschistische Führungsgruppe (die politischen, wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Eliten) mit ihrem engsten Anhang und Instrumentarium und die Nazigeegner im Blick. Von einer wirklichen Volksgeschichte konnte dann nicht mehr die Rede sein. Die Kinder und Enkelkinder fanden in ihren Geschichtsbüchern das Leben der Väter- und Großvätergeneration nicht wieder, es sei denn, ihre Vorfahren waren exponierte Faschisten oder - Antifaschisten. Dieses Resultat war folgenschwer, denn es schränkte die Möglichkeit, sich mit der Geschichte der Massen in der deutschen Geschichte - die in den ersten Jahren nach Kriegsende in der Sowjetischen Besatzungszone durchaus streitbar und kritisch erörtert worden war - erheblich ein und nahm, wie erwähnt, den Faschismus sozusagen aus der eigenen Familiengeschichte weitgehend heraus.<sup>2</sup>

Diese Feststellung enthält eine gewisse Übertreibung. Die professionelle Historiographie in der DDR und die Geschichtspublizistik, die zu einem erheblichen Teil von Historikern bestritten wurde, besaß und behielt in einem Punkt eine weiße Weste. Er betraf die deutliche Beschreibung und Wertung der imperialistischen Expansionspolitik und der verbrecherischen, barbarischen Mittel, mit denen sie gegen die Lebensinteressen anderer

---

1. Das war in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht so, als sich die SED mit anderen Parteien gegen die im Osten - nicht anders als im Westen - Deutschlands verbreitete Haltung wandte, eigene geschichtliche Verantwortung und Schuld abzulehnen. Ohne die anfängliche geistige und moralische Auseinandersetzung über die Rolle der Volksmassen wäre es unmöglich gewesen, die schmerzende Grenze im Osten zu akzeptieren oder die Reparationspflichten zu rechtfertigen, die für die Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone, welche deren Hauptlast trug, schwerwiegende materielle und soziale Folgen mit sich brachte.

2. Viele Diskussionen in Seminaren insbesondere mit eben immatrikulierten Studenten zeigten dem Autor bis in die jüngste Vergangenheit, wie groß das Interesse der Enkel war, sich die Lebenssituation der Großeltern vorstellen zu können und über deren Entscheidungen und Handlungen ein Bild zu gewinnen. Der Geschichtsunterricht an den Schulen hatte dafür kaum faktische Anhaltspunkte geliefert.

Völker durchgesetzt wurde.<sup>1</sup> Verhüllende Kennzeichnungen wie die von den Verbrechen "in deutschem Namen" oder selbst auch "von deutscher Hand" (als ob die nicht an einem Körper sich befunden hat, in dem ein Herz schlug und auf dem ein Kopf saß) wurden abgelehnt als verschämte Beschönigungen. Betont wurde demgegenüber die Verantwortung des deutschen Volkes als Ganzem, wobei diese Verantwortung abgestuft war und dargestellt werden mußte. Unterschieden wurde auch zwischen der Schuld der Zeitgenossen und der Verantwortung der Nachgeborenen für den Umgang mit der Geschichte der eigenen Nation.

Aber – und das führt zu der oben geübten Kritik zurück – dieser richtigen Herangehensweise fehlte es sehr an Konkretheit, so daß auch für die Minderheit der geschichtlich Interessierten, die "letzte" Antworten suchten, die langewährende Gefolgstreue der Deutschen ein Geheimnis blieb. Als der Aufbau-Verlag (Berlin) in den achtziger Jahren eine Konvolut von Feldpostbriefen eines Unteroffiziers der Naziwehrmacht veröffentlichte, der zweifelsfrei faschistisch dachte und fühlte und seiner Ehefrau seine Hitlerkonformen Überlegungen regelmäßig mitteilte, wurde in einer Kulturzeitung der DDR gefragt, ob denn eine derartige Publikation nötig sei.<sup>2</sup> Auch ein Blick in die Schulgeschichtsbücher der DDR würde rasch davon überzeugen, daß das darin Gebotene, insbesondere das Quellenmaterial, eine ins einzelne gehende Auseinandersetzung mit der Haltung der Volksmassen zum Faschismus nicht ermöglichte.

Das führt zu einer unter Historikern in der DDR intern und d. h. auch: ohne publizistischen Niederschlag geführten Debatte, welche den Wahrheitsgehalt der historisch-materialistischen Definition des Faschismus an der Macht betraf, wie sie die Kommunisti-

---

1. An diesem Prinzip wurde strikt festgehalten, wie die nicht abgeschlossene Reihe "Europa unterm Hakenkreuz" zeigt, um deren Herausgabe sich der kürzlich verstorbene Faschismus- und Weltkriegsforscher Wolfgang Schumann gemeinsam mit Ludwig Nestler besonderes Verdienst erwarb. Die Buchfolge, welche die faschistische Okkupationspolitik in den einzelnen Staaten und Gebieten dokumentiert, umfaßt bisher die Bände zu Österreich und der Tschechoslowakei (jeweils Berlin 1988), Polen (1989), Belgien, Luxemburg und die Niederlande (1990), Frankreich (1990) und die UdSSR (1991) und soll weitergeführt werden.

2. Briefe des Soldaten Helmut N. 1939–1945. Hrsg. von Marlies Tremper mit einem Nachwort von Kurt Pätzold. Berlin 1988. Die Meinungen waren allerdings geteilt. Ein Kritiker meinte, die publizierten Briefe stellten einer "antifaschistischen Sisyphusarbeit" neues Material zur Verfügung", eine Kritikerin berief sich auf Bertolt Brechts Forderung, kriegsverherrlichenden Schriften keine Verbreitungsfreiheit zu gewähren. (Sonntag. Nr. 19 und 23. 1989.)

sche Internationale zuerst auf einer Tagung gegeben hatte, die Ende 1933 stattfand.<sup>1</sup> Wie jede Definition ist auch sie ärmer als die Theorie und diese wieder ärmer als die Wirklichkeit. Zurecht konnte daher immer nachgewiesen werden, daß die Rede von Georgi Dimitroff aus dem Jahre 1935, in der sich diese Definition wiederfand, ungleich gedankenreicher war.<sup>2</sup> Doch so richtig diese Kurzcharakteristik die imperialistische Grundverfassung und die expansive Zielsetzung faschistischer Regime (natürlich in Abhängigkeit von ihren jeweiligen Kräften) erfaßte und so furchtbar sich diese Kennzeichnung bewahrheitete, dieser Definition haftete doch ein doppelter Mangel an. Zum einen vernachlässigte sie die Massenbasis der Regime ganz und zum anderen enthielt sie nichts über die spezifische, unverwechselbare Ideologie des Faschismus.

Mit einem gewissen Recht ließe sich sagen, daß die konkrete Forschung in der DDR in manchem Belang bereits über diese Definition von 1933 bzw. 1935 hinausgelangt war, daß die Forscher – der Autor dieses Artikels ist mit eingeschlossen – sich aber nicht dazu aufrafften, ihre neuen oder weiterführenden Erkenntnisse bis zu einer partiellen Korrektur theoretischer Aussagen zu führen. Es wäre ihnen mit hoher Wahrscheinlichkeit entgegengehalten worden, daß sie die "Klarheit" der Definition durch eine Erweiterung nur verwässern und die antiimperialistische Anklage, welche die sogenannte Dimitroff-Definition enthält, abschwächen würde. Entscheidend ist aber, daß auch der naheliegende Versuch nicht unternommen wurde. So blieb die Definition unangetastet, und dies hatte – unabhängig vom Willen der Historiker – eben die Konsequenz, daß im gesellschaftlichen Denken in der DDR wesentliche Seiten der "Erfahrung Faschismus" nicht problematisiert wurden.

Das traf bis zu einem gewissen Grade auch auf das Thema der Judenverfolgung im faschistischen Reich zu. Die DDR-Historiographie hat das Verbrechen an den deutschen

---

1. Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien. Thesen, angenommen vom XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Dezember 1933. In: Die Kommunistische Internationale, Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongreß bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale. 1928-1943. Berlin 1956, S. 266.

2. Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti, Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935). Berlin 1957, S. 85-108. (Dimitroffs Referat enthielt bei aller Selbstkritik die Hauptschuldzuweisung für die Niederlage des Jahres 1933 an die "sozialdemokratische Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie". Vgl. ebd. S. 108.)

Juden in seinen einzelnen Schritten und Stufen bis zum Massenmord dargestellt<sup>1</sup> und ging in Spezialuntersuchungen der Frage nach, welchen Platz Antisemitismus und Judenverfolgung im Gesamtsystem des Regimes einnahmen. Dabei existierte – verglichen mit der Bundesrepublik – ein deutlicher Rückstand in der Zahl der Publikationen und mehr noch im Grad der Untersuchung der lokalen und regionalen Ereignisse. Erst Mitte der achtziger Jahre wurde durch einzelne Initiativen begonnen, diesen Rückstand aufzuholen, wobei seine Beseitigung nicht in Sicht war.<sup>2</sup> Was aber über die Vernachlässigung der Aufklärung des Verhältnisses von Volksmassen und Regime im ganzen festgestellt werden mußte, das traf auch auf die Erörterung der Frage nach dem Verhältnis der Bevölkerungsmehrheit zu den jüdenfeindlichen Maßnahmen und zum Pogrom von 1938 und seiner Folgen zu. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Quellenlage gerade in diesem Punkte außerordentlich lückenhaft ist (und deshalb wie in allen ähnlichen Fällen für Mutmaßungen und Spekulationen viel Raum bleibt), und selbst wenn bedacht wird, daß erst in jüngster Zeit konkret nachgewiesen wurde, wie zahlreich sich nichtjüdische Deutsche an den Verfolgungen von Juden beteiligten und dabei bereicherten<sup>3</sup>, fällt das Bild doch unbefriedigend aus, weil die Skala der Verhaltensweisen nicht deutlich wurde, die von Mittäterschaft bis zur Akzeptanz und weiter bis zur seelenlosen Gleichgültigkeit reichte. Damit trat aber nicht hervor, daß die Zeitgenossen insgesamt eine Pflicht der Wiedergutmachung haben (die es im eigentlichen Sinne freilich nicht gibt), und daß auch auf den Nachgeborenen eine besondere Verantwortung lastet.

Erst im Jahre 1988 anläßlich des 50. Jahrestages des Pogroms von 1938 bahnte sich ein Wandel an, der sich beispielsweise in der Wiederherstellung und Pflege jüdischer Friedhö-

---

1. Als Standardwerke gelten: Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933 – 1945. Hrsg. von Helmut Eschwege. Berlin 1966 (und weitere Auflagen). Für den Band hatte der bei seinem ersten Erscheinen schon verstorbene Arnold Zweig ein Vorwort geschrieben. – Klaus Drobisch, Rudi Goguel u.a.: Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933 – 1945. Berlin 1973.

2. Es erschienen u.a. Untersuchungen zur Geschichte der Juden und der Judenverfolgungen in den Städten Rostock, Plauen und Görlitz.

3. Hier haben lokale und regionale Untersuchungen das bisherige Bild z.T. erheblich korrigiert und gezeigt, daß nicht nur in der Anonymität der Großstädte geraubt und geplündert wurde, sondern auch in einem sozialen Umfeld, in dem die Täter sofort bekannt waren. Vgl. beispielsweise: Die Kristallnacht im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938. Eingeleitet und bearbeitet von Anselm Faust. Düsseldorf 1987.

fe, in der Anbringung von Erinnerungs- und Mahntafeln und anderen Initiativen äußerte.<sup>1</sup> Wie weit dieser Impuls trug, der von Gruppen in der evangelischen Kirche, von Arbeitskreisen im Kulturbund, von Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und von Heimatforschern ausging, läßt sich derzeit schwer sagen, denn mancher mag durch den jüngsten politischen Wandel zurückgedrängt worden, manch anderer gefördert und vorangetrieben worden sein.

Zur Verkürzung der "Erfahrung Faschismus" gehörte auch die Hinnahme des Tabus, das die sowjetische Politik und Geschichtsschreibung bis in die Jahre der Perestroika über das Thema der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1939 und deren Gestaltung zwischen 1939 und 1941 verhängte. Über Jahrzehnte galt, daß das Thema, zu dem ja die schandbare Auslieferung deutscher antifaschistischer Emigranten an das Naziregime gehörte, öffentlich nicht diskutiert werden sollte, bevor die sowjetische Historiographie sich dazu geäußert hatte, was wiederum ohne ein "grünes Licht" aus dem Kreml undenkbar war. Chruschtschow hatte es bei seiner Auseinandersetzung mit der Politik Stalins und seiner Gefährten nicht gegeben. Aber selbst als es unter Gorbatschow schließlich geschaltet wurde, suchte die politische Führung der DDR den Folgeschritt zu vermeiden, denn sie strebte danach, sich von der Erneuerungspolitik in der UdSSR abzukoppeln und sie als eine Äußerung der Abweichung vom Marxismus-Leninismus "auszusitzen". So kam es erst im Januar 1989 auf einem Kongreß der Historiker-Gesellschaft der DDR zum ersten Mal zu einer offenen Diskussion über diese Kapitel deutsch-sowjetischer Beziehungen und seine Folgen für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung und für die antinazistischen Bestrebungen überhaupt. Spät endete damit eine schizophrene Situation: in Vorlesungen und Seminaren an den Universitäten war längst kritisch von dieser Zeit gesprochen worden, auf internationalen und bilateralen Zusammenkünften der Historiker standen die DDR-Geschichtswissenschaftler nicht an, zu debattieren, was allgemein bekannt war (das brachte ihnen den ausgesprochenen oder angedeuteten Vorwurf ein, mit einer Art Export-Version von Geschichtswissenschaft aufzutreten), aber auf dem Buchmarkt der DDR erschien bis 1989 keine Veröffentlichung, die unbestreitbar echte Doku-

---

1. Einen Überblick über diese Initiativen gibt Uwe Hecker: Das historische Gedenken in der DDR zum 50. Jahrestag des Pogroms (von 1838). Kommentierte Bibliographie. (Diplomarbeit am Institut für Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1991. Maschinenschrift.)

mente allgemein zugänglich gemacht hätten.<sup>1</sup>

Der – wenn der saloppe Ausdruck erlaubt ist, der doch die Sache allein trifft – "Eiertanz" um die diplomatischen Papiere, die die Regierungen der UdSSR und des Deutschen Reiches im August/September 1939 unterzeichneten und die Grundlage einer folgenschweren Politik wurden, zeigt besonders drastisch, daß die Politiker durch Verdrängen und Totschweigen sich und die Gesellschaft insgesamt um die Möglichkeit und die Fähigkeit brachten, sich mit der Geschichte kritisch zu befassen, dadurch die eigene Gegenwart schärfer zu sehen und in ihr eigenes Gelingen und Versagen nüchtern wahrnehmen zu können. Indem die Geschichtswissenschaftler bis in die Endkrise der DDR diese Verfahrensweise hinnahmen, anstatt gegen sie aufzustehen (mit welchem Erfolg auch immer), trugen sie selbst zur Unfähigkeit der DDR-Gesellschaft bei, sich zu erneuern.

Diese Feststellung findet ihre Bestätigung bei eingehenderer Analyse der Forschung und Publizistik zur Geschichte des deutschen Antifaschismus. Auf den ersten und zweiten Blick springen die unbestreitbaren Verdienste ins Auge, welche sich die Spezialisten dieses Gebiets bei der schwierigen Rekonstruktion des illegalen Kampfes der Nazigeegner in Deutschland und bei der Erforschung des politischen deutschen Exils der Jahre von 1933 bis 1945 erwarben.<sup>2</sup> Internationale Beachtung fanden auch die Leistungen der Literaturhistoriker der DDR, welche dem Kampf der Schriftsteller, Dichter und Publizisten gegen Hitler nachgingen.<sup>3</sup> Eine beachtenswerte Forscherarbeit richtete sich auf die Geschichte der Konzentrationslager, Zuchthäuser und anderen Gefangenen-Anstalten und das Schicksal von deren Insassen.

Im Zentrum aller Forschungen stand der antifaschistische Kampf der Kommunisten, was seine sachliche Rechtfertigung in der Tatsache fand, daß aus ihren Reihen die Masse der antifaschistischen Widerstandskämpfer kam. Hervorgehoben wurden die Anstrengungen, Barrieren niederzureißen, die vor 1933 die Wirkungsmöglichkeiten der gespaltenen

---

1. 1990 publizierten Zeitungen und Zeitschriften die deutsch-sowjetischen Verträge von August/September 1939 in der DDR zum ersten Mal. Im gleichen Jahr wurde noch ein Geschichtsbuch für die 12. Klasse (Abiturstufe) im Verlag Volk und Wissen gedruckt, das eine kritische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Außenpolitik bot. (Das Buch gelangte nicht mehr in die Schulen, da inzwischen die Verwendung westdeutscher Geschichtsbücher angewiesen wurde.) – Neuerdings: Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 – 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Herausgeben und eingeleitet von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld. Berlin 1990.

2. Siehe Anmerkung 23.

3. Siehe vor allem die siebenbändige Reihe "Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933 – 1945" (Leipzig 1978 ff.), die von dem Literaturwissenschaftler und Brecht-Forscher Werner Mittenzwei herausgegeben wurde.

antinazistischen Kräfte so stark behindert hatten. Die Erforschung des Themas der Einheits- und Volksfront gegen Hitler besaß die absolute Priorität.<sup>1</sup>

Über lange Jahre hinweg entwickelte sich die Forschung zum Antifaschismus in einer Gegenposition zur westdeutschen. Während diese sich vorzugsweise mit der Bewegung des 20. Juli 1944 befaßte und manche Historiker die Kommunisten als "Totalitaristen" aus der wirklichen Gegnerschaft zum Faschismus auszugrenzen suchten, betonten DDR-Geschichtswissenschaftler die Inkonsequenz bürgerlicher und adliger Opposition gegen Hitler und trachteten danach, das Urteil über sie vor allem aus der großdeutschen Programmatik eines Carl Coerdeler herzuleiten. In den achtziger Jahren wandelte sich die Situation in der DDR wie in der Bundesrepublik, und es kam zu ergebnisreichen gemeinsamen Diskussionen der jeweiligen Spezialisten.<sup>2</sup>

Trotz dieser Fortschritte und des Vorrangs der Antifaschismus-Forschung, der ihr auch eine besondere Förderung von staatswegen und durch die SED eintrug, blieben die Resultate selbst an den eigenen Maßstäben gemessen doch begrenzt und außerordentlich lückenhaft. Über Jahrzehnte gelang keine Gesamtdarstellung der deutschen Opposition gegen das Naziregime. Ein biographisches Lexikon der Antifaschisten liegt nicht vor. Darstellungen zur Geschichte der Leidensstätten der Hitlergegner, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen könnten, kamen nicht zustande. Der Vorsprung, den die Antifaschismus-Forschungen in der DDR gegenüber jenen in Westdeutschland einst besaßen, ging deutlich verloren. Der akribischen Untersuchung der Geschichte des Gestapo-Hauptquar-

---

1. Einen Eindruck von den Proportionen, in denen sich die Forschung den einzelnen Strömungen des Widerstands zuwandte, vermittelt der einzige Überblick über dessen Verlauf, der in der vierzigjährigen Geschichte der DDR erschienen ist: Klaus Mammach: Widerstand 1933 - 1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration. Berlin<sup>1</sup> 1974 und <sup>2</sup> 1983; ders.: Widerstand 1939 - 1945. Berlin 1986.

2. Die Zäsur, an der eine neue Konstellation sichtbar wurde, bildeten die Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der Attentate auf Hitler am 20. Juli 1944 sowie aus diesem Anlaß erschienenen Publikationen. Fortschritte und deren Grenzen macht der Aufsatz von Olaf Groehler und Klaus Drobisch "Der 20. Juli 1944" deutlich, den die von der SED herausgegebene Zeitschrift "Einheit" (Nr. 7/1984, S. 633 ff.) druckte. - Zu den Historikern, die sich in der DDR um eine ausgewogenere Darstellung der Verschwörung verdient machten, gehört Kurt Finker, dessen Forschungen vor allem Claus Graf Schenk von Stauffenberg und dem Kreisauer Kreis galten.

tiers in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße<sup>1</sup>, wie sie von Westberliner Forschern vorgelegt wurde, oder dem Niveau der "Dachauer Hefte"<sup>2</sup>, um nur zwei Beispiele zu nennen, hatten die Historiker in der DDR kaum etwas Gleichrangiges zur Seite zu stellen.

Dieses Zurückbleiben hinter den wachsenden Ansprüchen an eine moderne Forschung besaß sicher mehrere Ursachen, die selbst erst wieder durch Recherchen eindeutig bestimmt werden müssen. Eine (wenn nicht die Haupt-) Ursache dürfte aber darin bestanden haben, daß die Antifaschismus-Forschung, auch nachdem sie sich der Breite des Themas öffnete, doch weiter unter fremden oder selbstgesetzten einschränkenden Vorgaben litt. Die schwerwiegendste war die unkritische Darstellung des Widerstandes der Kommunisten. Sie betraf schon die Analyse der Haltung der KPD gegenüber dem aufkommenden Faschismus, was sich vor allem in der Verweigerung der lange anstehenden Detailuntersuchung über die tatsächlichen Folgen der Sozialfaschismus-These der Komintern äußerte. (Nebenbei: solche quellengestützte Forschung wurde auch außerhalb der DDR bisher nicht unternommen, und man mag über die Ursachen vorerst nur spekulieren, die dazu führten, daß ein so brisantes Thema, dessen Abhandlung wissenschaftliche Meriten verspricht, nirgendwo tiefgehend angegangen wurde.)

Die glättende, d. h. die inneren Auseinandersetzungen nicht berücksichtigende Herangehensweise setzte sich bei der Darstellung des Weges zu den Beschlüssen der Komintern und der KPD von 1935 fort, die eine einschneidende Korrektur früherer Positionen brachten. Doch es wurde schon nicht gefragt, ob an der Spitze der Komintern alle entscheidenden Kräfte und Personen die neue Generallinie mittrugen.<sup>3</sup> Die Rückschläge, welche die Versuche zu ihrer Durchsetzung erfuhren, als die "Moskauer Prozesse" veranstaltet wurden,

---

1. Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem "Prinz-Albrecht-Gelände". Eine Dokumentation. Hrsg. von Reinhard Rürup. Berlin 1987.

2. Dachauer Hefte. Studien zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Im Auftrag des Comité International de Dachau, Brüssel. Hrsg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel. Dachau 1985 ff.

3. Ganz ausgeklammert wurde die Frage, wie sich der mächtigste Mann in der Kommunistischen Internationale, J. W. Stalin, zu den Beschlüssen von 1935 stellte, die doch eine deutliche Kritik auch an von ihm vertretenen und vor allem mit seiner Autorität gedeckten Positionen enthielt. Isaac Deutscher urteilte 1966: "... man hat doch den gerechtfertigten Eindruck, daß Stalin in den Jahren 1935 bis 1937 und auch noch später ernsthaft und ehrlich eine Koalition gegen Hitler auf die Beine bringen wollte." (Stalin. Eine politische Biographie. Berlin 1990, S. 538), was bedeutete, daß er die Komintern-Beschlüsse von 1935 mindestens aus taktischen Erwägungen mittrug.



fanden dann allenfalls beiläufige Erwähnung.<sup>1</sup> Und die Wirkungen der deutsch-sowjetischen Verträge vom August/September 1939 auf die Beziehungen von Kommunisten und Sozialdemokraten (national wie international) verfielen der gleichen Art von faktischer Nichtbehandlung.<sup>2</sup>

Das alles lief auf eine durchgängige Begrädigung der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland hinaus, die verhängnisvoll wurde, denn sie machte nicht nur gegenüber den tatsächlichen Problemen vergangenen Handelns unsensibel, sondern begünstigte immer wieder auch den selbstgerechten Blick in die jeweilige Gegenwart. Indem der Gesellschaft die Wahrheit auf allgemeine oder direkte Weisung der politischen Führung rationiert wurde und die Geschichtswissenschaftler sich auf solches Vorgehen einließen, wurde zugleich ein Unrecht gegenüber den Menschen begangen, die durch ihre Handlungen wie durch ihre Unterlassungen, durch ihre Erkenntnisse wie durch ihre Irrtümer und nicht wenige durch die Hingabe ihrer Gesundheit oder selbst ihres Lebens im Kampf gegen den deutschen Faschismus doch Erfahrungen angehäuft hatten, die wahrlich eine andere Umgangsweise erfordert und verdient hätten.

Man mag eine Tragik daran sehen, daß die überlebenden kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen Antifaschisten, die zur politischen Führungsspitze der DDR gehörten und die einst an den geistigen und sonstigen Auseinandersetzungen um Weg und Ziel ihrer Anstrengungen teilgenommen hatten, mitunter den wirklichen komplizierten Verlauf der Kämpfe und deren Ursachen intim kannten, zu den Initiatoren und Wächtern einer Geschichtsbetrachtung wurden, die mit Worten von Karl Marx "ohn' Aug', ohn' Ohr und Zahn" genannt werden muß. Wie kam das? Die Antwort auf diese Frage wird vollständig erst gegeben werden können, wenn die ideologischen und auch die moralischen Wandlungen festgestellt sind, die diese Führungsgruppe auf dem Weg in die Macht und während der Jahre ihrer Herrschaft durchlief.

Die Antifaschismus-Forschung diente, bei allen unstrittigen und in der wissenschaftlichen Literatur ausgewiesenen Verdiensten, dieser Gruppe vor allem als Herrschaftslegitimation, nicht als alleinige, aber doch als eine wesentliche. Dieser Zweck interessierte, und in ihm findet sich – diese These mag ausstehenden Untersuchungen vorweg gewagt sein –

---

1. Von der Marginalisierung des Themas, kaum daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU ein Jahrzehnt vergangen war, zeugt die partei-offizielle Darstellung: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 5: 1933 – 1945. Berlin 1966, insbes. S. 206/207, wo Stalin von "verbrecherischen Kräften wie Berija, Jeshow und andere[n]" deutlich vorteilhaft abgehoben wurde.

2. Vgl. ebd. S. 234/235.

mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der letzte Grund für die deutlichen Stagnationserscheinungen der Antifaschismus-Forschung in der DDR namentlich in der Ära des Generalsekretärs Honecker.<sup>1</sup> Was bekannt war, genügte diesem Hauptzweck, und kritische Differenzierung von Aussagen hätte ihn mitunter gefährdet.

Die äußere Erscheinungsform dieses oberflächlichen Verhältnisses zu einer begradierten Geschichte war das Ritual. Es brauchte seine Kulisse. Die größte von ihnen wurde in Form des monumentalen Denkmals von Ernst Thälmann im Berliner zentrumnahen Stadtbezirk Prenzlauer Berg geschaffen. Hilflos und beziehungslos standen die Schüler der Pionierorganisation vor diesem klotzigen Bronzekopf und in einem architektonischen Ensemble, zu dem auch in Metall gegossene Honecker-Worte gehörten. Gewiß, dieses Unwerk hatten die Historiker nicht direkt zu verantworten, doch konnten die Autoren der SED-offiziellen und in deren politischem Lehrjahr benutzten Biographie Thälmanns<sup>2</sup> von sich auch nicht sagen, daß sie dieser Art von Huldigung irgendein gedankliches Hindernis in den Weg gelegt hätten. Sie haben ihr eher Vorschub geleistet.

Angesichts der widerlichen Demonstrationen kleiner Gruppen vorwiegend junger Menschen, die sich dem Neofaschismus verschworen und sich auch bei "Hitlers Geburtstag" in Städten des neuen Bundesgebietes bemerkbar machten<sup>3</sup>, wird besorgt und anklagend gefragt, ob die antifaschistische Erziehung der Jugend, auf die sich die DDR-Regierung und nicht nur sie soviel zugute hielt, tatsächlich bewirkte, was doch zweifelsfrei beabsichtigt war, eine Immunisierung gegen faschistisches Denken und Handeln. Das Auftreten dieser Kleingruppen erlaubt keine sichere Antwort auf die bedrängende Frage. Noch zu Zeiten der Existenz der DDR wurde bemerkt, wenn auch nicht öffentlich diskutiert, daß eine sicher prozentual schwache Minderheit von Jugendlichen durch den antifa-

---

1. In welchem Grade Erich Honecker seine eigene Biographie schon für die Jahre 1933 bis 1945 schönte, kann an jetzt veröffentlichten Dokumenten nachgeprüft werden. Honeckers Autobiographie erschien unter dem Titel "Aus meinem Leben" (Berlin 1981).

2. Ernst Thälmann. Eine Biographie. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und verfaßt von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Günter Hortschansky. Berlin 1979. Das Buch fand vor allem in einer preisgünstigen zweibändigen Paperback-Ausgabe weite Verbreitung.

3. Am 20. April 1991 versammelten sich Neonazis aus verschiedenen Gegenden Deutschlands in Dresden. Gleichzeitig fand eine Gegendemonstration der Antifaschistischen Jugend statt. An "Hitlers Geburtstag" kam es auch in Berlin, Magdeburg, Dessau, Cottbus, Oberweser bei Kassel und Osnabrück zu Ausschreitungen von Neonazis. (Berliner Zeitung, Ausgabe vom 22. April 1991). Zuvor schon war in Dresden ein Mozambiquaner vor eine Straßenbahn gestoßen und so zu Tode gebracht worden. Ausländer und Ausländerwohnheime bilden das bevorzugte Angriffsziel von Rechtsradikalen.

schistisch geprägten Unterricht in den Schulen und andere Aktivitäten der Gesellschaft, die in die gleiche Richtung zielten, nicht erreicht worden war. Dieser Tatbestand und die Notwendigkeit, sich mit ihm auseinanderzusetzen, wird nun in den einheitlichen deutschen Staat mitgenommen. Dabei wird man nicht bei der sicher berechtigten Feststellung stehen bleiben können, daß sich in demonstrativen Äußerungen zugunsten faschistischer Gedanken, Zeichen und Symbole, aber auch in faschistisch geprägter physischer Aggressivität eine allgemeine Unzufriedenheit mit den vorgefundenen sozialen und politischen Zuständen äußert. Das Problem besteht darin, daß sich ein in seinem Zustandekommen nachzuvollziehender Protest eben faschistisch ausdrückt und die Nähe zu den Verbrechen, die namentlich der deutsche Faschismus in die Weltgeschichte brachte, nicht abschreckt.

Aus sehr verschiedenen geistigen und politischen Zonen in Deutschland wurde 1990, im Jahr der Schaffung des einheitlichen deutschen Staates gefordert, sich gerade in diesem geschichtlichen Moment zu einer kritischen, nun gemeinsamen Aufarbeitung deutscher Vergangenheit zu bekennen und sie zu betreiben, bisherige Leistungen aufnehmend, bisherige Versäumnisse tilgend. Inzwischen wurde besorgt gefragt, ob die Deutschen nicht eher dabei sind, nun "gemeinsam zu vergessen". Maßnahmen, die das verhindern sollen, wurden auf den Weg gebracht.<sup>1</sup> Was sie bewirken können, muß sich zeigen. Denn: was die übergroße Zahl der Deutschen in den neuen Bundesländern angeht, so fordern ihnen die eingetretenen Veränderungen nahezu die ganze Konzentration ab. Gegenwartssorgen und Zukunftssängste überansprechen ihre physischen und psychischen Kräfte. Dies sind Umstände, die der gemeinsamen und individuellen Auseinandersetzung mit nationaler Geschichte widrig entgegenstehen. Sie begünstigen die permanent nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes zu beobachtende Neigung, die eigene Verantwortung für geschichtliche Entwicklungen und Ereignisse abzuleugnen oder sie möglichst gering zu bemessen.

---

1. So lud die Landeszentrale für politische Bildung von Nordrhein-Westfalen 1991 zu einer Tagung unter dem Titel "Vereint vergessen? Justiz und NS-Verbrechen in Deutschland" ein.

## CARL GOERDELEERS WEG IN DEN WIDERSTAND

von Werner Bramke \*

In der DDR tat man sich bis zum Herbst 1989 schwer mit Carl Goerdeler. Nach der Befreiung vom Faschismus erhielt zunächst eine große Leipziger Straße seinen Namen, zur Erinnerung an den wohl bedeutendsten Oberbürgermeister der Messestadt in diesem Jahrhundert und aus Achtung vor seiner Leistung im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Der Kalte Krieg und die gegensätzliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten verdunkelten das Andenken an Goerdeler im Osten Deutschlands in dem Maße, wie er in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik als zentrale Gestalt des Widerstandes gewürdigt wurde. Aus zunächst – wenn auch etwas widerwillig – gezolltem Respekt erwuchs Distanzierung oder Ablehnung. Der offiziellen Geschichtswissenschaft der DDR erschien er als ein befähigter konservativer Politiker, der in der Endphase der Weimarer Republik seinen Anteil an deren Unterminierung hatte und der in den ersten Jahren der Naziherrschaft diese stützte, auch durch partielle Kritik, dessen Realismus ihn aber erkennen ließ, daß Hitlers Politik das ganze Deutschland, auch das der traditionell herrschenden Kreise, in den Abgrund führen würde. Sein bedeutender Anteil am Zustandekommen der Verschwörung des 20. Juli 1944 wurde mehr widerwillig zugestanden, er galt in ihr als der Exponent der konservativen Kreise, deren Gegensatz zum Faschismus eher taktischer denn gegensätzlicher Natur gewesen sei. In der sonst sehr umfangreichen Pflege der Traditionen des antifaschistischen Widerstandes wurde der Name Goerdelers fast verschwiegen, auch in "seiner" Stadt Leipzig.

Es ist bemerkenswert, daß die Aufwertung des nationalkonservativen Widerstandes in der DDR seit 1984 Goerdeler zwar nicht ausnahm, aber die Distanz ihm gegenüber kaum verringern half. Die Vorbehalte von Fachhistorikern und ehemaligen Widerständlern prole-

---

\*Der Autor dieser Studie ist Professor an der Universität Leipzig. Er hat Publikationen u.a. zu folgenden Themen vorgelegt: als Autor bzw. Mitautor von monographischen Arbeiten über die Niederwerfung des Kapp-Putsches im Leipziger Raum, die Geschichte des KPD-Bezirk Westsachsen, der Sächsischen Geschichte, Aufsätze zum Geschichtsbild und zur Faschismuskritik in der KPD, über die Mittelschichten in der Weimarer Republik, zum antifaschistischen Widerstand sowie über die Novemberrevolution in Deutschland und zum Thema Militarismus. Die hier publizierte Arbeit ist Teil einer Studie, die in gekürzter Form in der Leipziger Volkszeitung vom 26. April und 3. Mai 1991 erschienen ist.

tarischer Provenienz in der DDR hatte nicht nur politische Hintergründe; die westdeutsche Geschichtsschreibung hatte längst mehr Unebenheiten auf dem Lebensweg Carl Goerdelers gefunden als seinerzeit Gerhard Ritter<sup>1</sup>, dessen Buch aber ungeachtet dessen immer noch der wichtigste Zugang zu Goerdeler ist. Diese Unebenheiten verweisen aber nicht eigentlich auf eine widersprüchliche Persönlichkeit, die sich manchem Weggefährten im Widerstand und manchem Historiker darzubieten schien. Wenn nicht alles täuscht, war Goerdeler ein sehr gradliniger Mensch, dessen Entwicklung zum Gegner des Nationalsozialismus konsequenter verlief als die anderer Antifaschisten ähnlicher Herkunft; denn immerhin stand er mit seiner nationalkonservativen Grundeinstellung denen, die die Hitler-Bewegung an die Macht hebelten, näher als etwa die Angehörigen des Kreisauer Kreises, die dennoch später als er zum organisierten Widerstand stießen. Als er keine Möglichkeiten mehr sah, seine Rechtsvorstellungen als Beamter des Nazi-Staates zu verwirklichen, zog er seine Schlußfolgerungen wie kein anderer Beamter im nationalsozialistischen Regime. Er blieb nicht bei der Verweigerung stehen, zu der sich auch nur eine Minderheit entschloß, sondern wagte früh den Absprung<sup>2</sup>, der den Beginn rastloser Tätigkeit zur Zusammenführung von Kritikern des Regimes zu einer organisierten Opposition und schließlich Widerstandsorganisation bedeutete.

Weil Goerdeler *der* Vertreter der traditionellen Eliten war, der als erster den Absprung vollzog, soll der Weg vom dienenden hohen Beamten zum aktiven Systemgegner, sollen die dreißiger, d.h. die Leipziger Jahre Goerdelers, hier näher beleuchtet werden. Das verwendete Quellenmaterial bietet die Möglichkeit, begründete Modifizierungen gegenüber früheren Darstellungen vorzunehmen.<sup>3</sup> Dabei wird es nicht in erster Linie um die Analyse theoretischer Positionen gehen. Gewiß hat Goerdeler viel geschrieben, und namentlich seine Denkschriften hatten beträchtlichen Einfluß auf die Formierung und Orientierung des bürgerlichen Widerstandes. Mehr aber noch als durch diese Ideen hat er als unermüdlicher Antreiber gewirkt. In einem Gespräch äußerte Frau Marianne Meyer-Krahmer

---

1. G. Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1955.

2. Für den ersten Band der "Alternativen" sah es der Hrsg. als charakteristisch an, daß niemand von den behandelten Persönlichkeiten den "Absprung aus den Reihen der Bourgeoisie" versuchte. (Alternativen. Schicksale deutscher Bürger. Hrsg. von O. Groehler. Berlin 1987, S. 79.) Bürger im Sinne des Citoyen blieb Goerdeler immer, und dennoch vollzog er einen Bruch, wie er radikaler für ihn kaum denkbar war.

3. Neben Ritter vgl. H. Rothfels: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Frankfurt/M. 1977, S. 107 ff.; G. van Roon: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick. München 1979, S. 138 ff.; M. Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler und sein Weg in den Widerstand. Eine Reise in die Welt meines Vaters. Freiburg-Basel-Wien 1989.

gegenüber dem Verfasser, daß ihr Vater in erster Linie ein praktischer Mensch gewesen sei. Was er niederschrieb, erwuchs zumeist aus der praktischen Erfahrung oder aus Bedürfnissen der Praxis, so wie er sie empfand.

Goerdeler war insofern eine singuläre Erscheinung, als er den Weg zum Widerstand, der nicht aus den Reihen der Antifaschisten aus Prinzip und von Anfang an kam, voranging. Auch innerhalb der Widerstandsbewegung behielt er seinen eigenen Kopf, obwohl er durchaus kompromißbereit war. Und wenn es gewiß nicht so falsch ist, ihn als den Exponenten der konservativen Kreise in der Verschwörung anzusehen, so bleibt auch zu konstatieren, daß er Ansichten und Lösungen zuneigen konnte, die nichts weniger als konservativ waren. Eine Klassenbindung in engerem Sinne wird man ihm jedenfalls nicht vorwerfen können. Vielleicht charakterisiert ihn Hans Mommsen treffend als "Bourgeois (und man sollte hinzufügen: Citoyen - W. B.) ohne Klasse".<sup>1</sup>

Zunächst einige Bemerkungen zu den Stationen Goerdelers bis zu seinem Amtsantritt als Oberbürgermeister Leipzigs. Der am 31. Juli 1884 im westpreußischen Schneidemühl geborene Carl Friedrich Goerdeler wurde, wie Ritter glaubhaft darlegt, zeitlebens durch seine Jugenderfahrungen geprägt. Das amtsrichterliche Elternhaus ermöglichte durch seinen bescheidenen Wohlstand eine gutbürgerliche Bildung und erzog gleichzeitig zu Sparsamkeit, Pflichtbewußtsein und Gerechtigkeitsempfinden. Die hier vermittelte ausgeprägt nationale und konservative Gesinnung, verstärkt durch die besonderen Grenzlandbedingungen einer Provinz, die aus den polnischen Teilungen an Deutschland gekommen war, wies jedoch nur äußere und auch nur zeitweilige Übereinstimmung mit dem Konservatismus ostelbischer Junker auf. Der Konservatismus Goerdelers war nicht zuletzt durch die Bewahrung altliberaler Grundsätze bestimmt. Diese wirkten als Korrektiv, als sich Goerdeler in der Deutschnationalen Volkspartei, der er in den zwanziger Jahren angehörte, mit dem dort vorherrschenden Denken konfrontiert sah. Mit der ihm eigenen Konsequenz vollzog er den Bruch mit dieser Partei, als deren Politik in der Endphase der Republik dem Vernunftskalkül Goerdelers widersprach.

Das rechtswissenschaftliche Studium absolvierte er von 1902 bis 1905 in Tübingen und Königsberg. Seine Neigung galt in besonderem Maße Wirtschafts- und Verwaltungsfragen, für letztere brachte er außerordentliche Begabung mit. Erste Erfahrungen in der Verwal-

---

1. H. Mommsen: Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft. In: Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. J. Schmädicke u. P. Steinbach. München-Zürich 1986, S. 15.

tungspraxis sammelte er nach Ableistung seines Militärdienstes in Solingen.

Während des ersten Weltkrieges leistete Goerdeler zumeist Stabsdienst an der Ostfront. Als Hauptmann der Reserve leitete er die Finanzverwaltung der im Gefolge des Brester Friedens von Deutschland okkupierten Teile Belorusslands und Litauens.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß seine Arbeit in militärischen Diensten von ihm als Möglichkeit verstanden wurde, den deutschen Einfluß in Osteuropa zu verstärken. Deshalb traf ihn die im Versailler Vertrag festgelegte Abtretung seiner westpreußischen Heimat und anderer Gebiete an Polen besonders tief. Mit Vehemenz engagierte er sich in der Kampagne nationalistischer Kreise, um diese Gebietsverluste zu verhindern. Dabei beurteilte er zeitweilig die bestehenden Kräftekonstellationen wenig realistisch. Solche Überschätzung eigener Möglichkeiten zeigte sich auch später in der Widerstandstätigkeit, doch war es für ihn ebenso charakteristisch, daß er sich nach einer Schlappe bald nach neuen Wirkungsmöglichkeiten umsah und die neuen Aufgaben mit großer Zielstrebigkeit anging.

Das neue Betätigungsgebiet ergab sich aus der Wahl Goerdelers zum zweiten Bürgermeister Königsbergs am 2. Februar 1920. In der rund zehnjährigen Arbeit in dieser ostpreußischen Großstadt erwarb er sich ein weit über Königsberg hinausreichendes Ansehen. Ritter sah in Goerdeler einen Mann, dem die Funktion des Überbürgermeisters maßgeschneidert war, weil sie damals einerseits große, auch nationale politische Einflußnahme ermöglichte und andererseits den Regierenden mit den Regierten recht eng verband. Er meinte sogar, daß sich von der Kommunalpolitik "Vorzüge, aber auch Grenzen und Schwächen seiner Wesensart ... von daher am einfachsten verständlich machen" ließen.<sup>1</sup> Ob das zutrifft, sei dahingestellt, seine Vorstellungen von einer Reichsreform während der Republik und seine Entwürfe für ein Deutschland nach Hitler trugen jedenfalls deutlich die Handschrift des Kommunalpolitikers.

In seinen Plänen für eine grundlegende Städte- und Gemeindereform in der Weimarer Republik mischten sich auf eigenartige Weise antidemokratische und autoritäre mit liberalen Vorstellungen. Die parlamentarische Staatsform insgesamt war ihm nicht sonderlich sympathisch. So trug seine Forderung nach größerer Eigenständigkeit der Kommunen auch gegen den Parlamentarismus auf Reichs- und Länderebene gerichtete Züge, kam aber z.T. kommunalpolitischen Zielen der Arbeiterorganisationen entgegen. Goerdelers Bestreben, den Bürgermeistern gegenüber den Kommunalparlamenten größere Unabhängigkeit einzuräumen, entsprach seiner Auffassung von der gestaltenden und für das Gemeinwohl besorgten Kraft der Einzelpersonlichkeit, kollidierte jedoch generell mit den Erfordernissen

---

1. G. Ritter: Carl Goerdeler ... A.a.O., S. 19.

eines modernen demokratischen Gemeinwesens.

Obwohl Goerdeler den politischen Intentionen der Arbeiterbewegung und vor allem der Arbeiterparteien ablehnend gegenüberstand, hatte er keine Berührungängste, und man wird ihm Gespür für die sozialen Belange der Arbeiter kaum absprechen können. Daß er sich in dieser Hinsicht Respekt, ja Achtung in Königsberg verschaffte, war von erheblicher Bedeutung für seine Tätigkeit als Oberbürgermeister von Leipzig, zu dem er am 22. Mai 1930 ernannt wurde. Die Messestadt gehörte mit ihren etwa 700.000 Einwohnern zu den fünf größten und wirtschaftlich wichtigsten Kommunen Deutschlands. Von hier aus konnte Goerdeler stärkeren Einfluß als zuvor auf das nationale Geschehen nehmen. Vorerst aber mußte er sich das Vertrauen der Leipziger Bevölkerung und vor allem der wichtigsten politischen Kräfte im Stadtparlament erwerben.

In der Stadtverordnetenversammlung gab es eine bürgerliche Mehrheit, in der die Wirtschaftspolitische Vereinigung (auch Partei genannt), gebildet vor allem aus der DVP und der DNVP, den Ton angab. Mit dieser Mehrheit konnte der Oberbürgermeister fest rechnen, doch mußte er auch die starke sozialdemokratische Fraktion ins Kalkül ziehen, besonders dann, wenn diese mit anderen Gruppierungen zusammenging, so mit den Kommunisten, was aber nur selten geschah. Die Leipziger Arbeiterbewegung war traditionell links eingestellt, und die hiesige sozialdemokratische Parteiorganisation bildete eine der wichtigsten Basen der SPD-Linken. Der neue Oberbürgermeister wurde daher zunächst mit Skepsis bis Ablehnung von der Mehrheit der Leipziger Arbeiter angesehen, er galt als der bis dahin am weitesten rechtsgerichtete Oberbürgermeister seit der Errichtung der Republik. Um einer Konfrontation von vornherein entgegenzuwirken, deutete Goerdeler geschickt bei seiner Begrüßung durch den Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai 1930 seine Aufgeschlossenheit gegenüber allen Gruppierungen und Problemen an: "Erarbeiten muß ich mir die Kenntnis von Stadt und Menschen; erarbeiten muß ich mir die Entwicklungsnotwendigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten dieser schönen Stadt; erarbeiten muß ich mir das Verhältnis zu Ihnen."<sup>1</sup>

In Sachfragen zeigte sich bald eine bestimmte Kooperationsbereitschaft in der SPD-Fraktion, da sich diese den finanziellen Schwierigkeiten nicht verschloß und das Augenmaß Goerdelers bei Sparmaßnahmen honorierte. So trat er für die Herabsetzung der hohen Gehälter ein, dabei ausdrücklich das des Oberbürgermeisters einbeziehend, wandte sich jedoch gleichzeitig gegen Streichungen im Theaterhaushalt, was ihm von der NSDAP den

---

1. Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig. Leipzig 1930, S. 713.



Zuruf einbrachte, daß dies den Juden zugute komme.<sup>1</sup> Obwohl er die Brünningschen Sparmaßnahmen alles in allem vor dem Stadtparlament verteidigte, verschloß er sich im November 1931 nicht dem sozialdemokratischen Antrag, beim Reich Zuschüsse für Siedlungen einzufordern<sup>2</sup>, zumal es hier auch um ein Vorzugsprojekt von ihm ging. Die Kommunisten verharteten bei ihrer generellen Ablehnung gerade dann wenn Goerdeler und die SPD-Fraktion in Sachfragen übereinstimmten. Gegenüber einer übermächtigen SPD reagierten sie mit einer besonders radikalen Opposition, wobei sich der Abgeordnete Fritz Dasecke durch rüde Attacken gegen Goerdeler und die SPD hervorhat.<sup>3</sup> Das Verhältnis der Nationalsozialisten zu ihm war widersprüchlich. Mehrere Autoren, auch die Tochter Goerdelers, verweisen auf zunächst und auch nach 1933 relativ gute oder immerhin sachliche Beziehungen zu den lokalen und regionalen Nazigrößen. Schwierigkeiten scheint es aber von Anfang an mit dem eigentlichen Sprecher der Nazifraktion in der Stadtverordnetenversammlung, mit Rudolf Haake, gegeben zu haben.<sup>4</sup> Sie verschärfen sich, als dieser Bürgermeister unter Goerdeler wurde.

Seine Politik war also gestützt auf die sichere Zustimmung der bürgerlich konservativen Kräfte der Stadt; die SPD verhielt sich politisch ablehnend, tat dies jedoch mit Zurückhaltung und ging in einzelnen Sachfragen mit, die Nazis gebärdeten sich zumeist als radikale Oppositionelle, ohne sich die Zusammenarbeit mit Goerdeler ganz zu verbauen, während die Kommunisten in unversöhnlicher Opposition verharteten.

Bei Berücksichtigung der Krisensituation wird man Goerdelers Tätigkeit als Oberbürgermeister bis zum Januar 1933 als erfolgreich bezeichnen können. Es gelang ihm durch Sparmaßnahmen, die er nicht einseitig parteiisch durchführte, den Finanzhaushalt im Rahmen des Möglichen leidlich auszubalancieren, eine Reihe von Verbesserungen in der Stadtverwaltung durchzusetzen, so in der Wasserregulierung, der Müllabfuhr und offensichtlich auch bei der Vereinheitlichung der Arbeitslosenunterstützung<sup>5</sup>, alles Vorhaben, die in Krisenzeiten anzugehen außerordentliche Tatkraft erforderten. Dies war das wesentliche Unterpfand seiner erfolgreichen Tätigkeit, gepaart mit großem Sachverstand

---

1. Ebd. Leipzig 1931, S. 261.

2. Ebd., S. 841 ff.

3. Dasecke wurde 1933 in einem Lager von den Nazis so bearbeitet, daß er sich vom Kommunismus lossagte und für sie agitierte.

4. Vgl. Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig. Leipzig 1930, S. 77 ff.

5. Vgl. Stadtarchiv Leipzig (StA L), Kap. 1, Nr. 21, Bd. 10, Beiheft 6, Bl. 123 ff.

bis ins Detail und nicht zuletzt wirksam gemacht durch Verbindlichkeit im Umgang auch mit dem politisch Andersdenkenden.

Von Leipzig aus nahm Goerdeler beträchtlichen Einfluß auf die Reichspolitik, wie umgekehrt seine vielfältigen Verbindungen seinem Wirken als Oberbürgermeister dienlich waren. Als Mitglied des Vorstandes des Deutschen Städtetages und dann ab Frühjahr 1933 des Deutschen Gemeindetages (d.h. nach dem Zusammenschluß der kommunalpolitischen Spitzenverbände im Zuge der Gleichschaltung) beeinflusste er nachhaltig die Diskussionen für eine Reichsreform in der Endphase der Republik und danach die Ausarbeitung der 1935 in Kraft gesetzten Gemeindereform. Er war mit Erfolg bemüht, weitere Leipziger Kommunalpolitiker in Ausschüsse auf der Reichsebene zu dirigieren und gehörte selbst mehreren Ausschüssen an. Es war überhaupt sein Bestreben, durch die Mitgliedschaft in politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Leitungsgremien – insgesamt 17 Ämter im November 1933!<sup>1</sup> – Verbindungen herzustellen und Einfluß auszuüben. Die so auf vielfältige Weise erworbene Anerkennung, wohl aber noch mehr seine Unterstützung einer Reichsreform, die zum Abbau des Parlamentarismus führen sollte, und seine grundsätzliche Zustimmung zum Kurs des Brüning-Kabinetts trugen ihm die Funktion des Reichspreiskommissars ein, die er vom Dezember 1931 bis Dezember 1932 ausübte. Kurzzeitig figurierte er nach dem Sturz Brünnings als ein Kandidat für den Kanzlerposten. Das Angebot, als Minister dem Papen-Kabinetts beizutreten, schlug er aus, was er später bedauert haben soll.

Obwohl Goerdeler rückblickend wohl etwas geschönt schrieb, daß er "in den ersten Jahren nach 1933 mit der NSDAP vollkommen vertrauensvoll zusammengearbeitet" habe<sup>2</sup>, waren über Jahre hinweg die Gemeinsamkeiten größer als die Differenzen. Schon Ritter wies auf die Übereinstimmung zwischen Goerdeler und den Nazis in der Ablehnung der parlamentarischen Weimarer Demokratie und des Versailler Vertrages hin.<sup>3</sup> Hinzu kamen allgemeine weltanschauliche Berührungspunkte. In einer Schrift von wahrscheinlich Ende 1935 formulierte er fast bekenntnishaft, daß "Leben in Wahrheit Kampf ist. Ein Kampf des Menschen, in dem er gezwungen ist, das Beste aus seinem eigenen herauszuholen, um der Natur und den in ihr enthaltenen Kräften und Stoffen, etwas, möglichst viel, mög-

---

1. Ebd. Beiheft 13, Bl. 2.

2. Zit. nach M. Krüger-Charlé: Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ... A.a.O., S. 386.

3. Vgl. G. Ritter: Carl Goerdeler ... A.a.O., S. 61.

lichst Gutes und möglichst Vollkommenes abzugewinnen.“<sup>1</sup> Das hätte auch so in einer NS-Propagandaschrift stehen können. Daß Goerdeler dieses Prinzip Kampf anders als die Nazis verwirklichen wollte, ist ihm erst später wirklich bewußt geworden. Es ist jedenfalls Christian Müller zuzustimmen, daß der Übergang Goerdelers in die Opposition sich langsam vollzog.<sup>2</sup>

Nahezu alle, die Goerdeler kannten, bestätigten sein ausgeprägtes Rechtsempfinden. Von daher muß eine tatsächlich vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei in Zweifel gezogen und nur als teilweise verwirklicht angesehen werden. Allein die im Februar einsetzenden Repressalien, die Goerdeler durch Entlassungen seiner Beamten direkt betrafen, waren mit rechtsstaatlichem Denken nicht vereinbar. Die Akten geben allerdings nur bedingt Auskunft darüber, wie der Oberbürgermeister sich dazu verhielt. Die Entlassungen der vier kommunistischen Stadträte am 17. März 1933, verfügt in höflichen Schreiben an die Betroffenen<sup>3</sup>, lassen ebensowenig wie spätere Entlassungen, als dann auch Nichtkommunisten betroffen waren<sup>4</sup>, nicht erkennen, ob er sich zunächst den Entlassungen widersetzte. Hinhaltender Widerstand ist nicht ausgeschlossen, wie der Schriftwechsel Goerdelers mit verschiedenen Dienststellen andeuten könnte; wahrscheinlicher ist, daß er sehr schnell erkennen mußte, daß Interventionen – sofern er sie beabsichtigte – kaum Aussicht auf Erfolg hatten. Aufschlußreich dürfte dabei für ihn die Reaktion prominenter Amtsträger auf sein Bemühen, das Hiszen der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus am 8. März 1933 zu verhindern, gewesen sein.<sup>5</sup>

Nach geltendem Gesetz war es nicht erlaubt, auf öffentlichen Gebäuden die schwarz-weiß-rote oder Hakenkreuz-Fahne zu hissen. Demokratisch oder allgemein rechtsstaatlich eingestellte Politiker fürchteten, daß solche, offenkundig reichsweit von den Nazis vorbereitete Aktionen generelle Folgen haben könnten. So ist auch ein massiver Protest W. Külz' aus Dresden bekannt<sup>6</sup>, und selbst Reichspräsident Hindenburg scheint wegen der beabsich-

---

1. C. Goerdeler: Kleinsiedlung und Wohnungsbau als politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Leipzig o.J., S. 2.

2. Vgl. K.-J. Müller: Nationalkonservative Eliten zwischen Kooperation und Widerstand. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ... A.a.O., S. 29.

3. Vgl. StA L., Kap. 72, Nr. 103, Beiheft 4, Bl. 1.

4. Vg. ebd., Bl. 45, 61 ff.

5. Vgl. ebd., Bd. 1, Beiheft 1.

6. Vgl. Dresdener Neueste Nachrichten. 8. März 1933.

tigten Flaggenhissung Unbehagen empfunden zu haben.<sup>1</sup> Goerdeler war die Angelegenheit so wichtig, daß er nicht nur mit dem Kreishauptmann und mit Ministerpräsident v. Killinger<sup>2</sup> Kontakt aufnahm, sondern auch bei Reichswehrminister v. Blomberg und Innenminister Frick telefonisch nachfragte. Letzterer gab dann den ausweichenden Bescheid, daß an Ort und Stelle entschieden, Gewalt aber verhindert werden solle.<sup>3</sup> Die am 8. März auf Goerdelers Intervention unterlassene Flaggenhissung ist ein oder zwei Tage später aber von Haake doch durchgesetzt worden<sup>4</sup>, und bei der eine Woche später vorgenommenen Flaggenreinigung war der Oberbürgermeister zugegen.<sup>5</sup> Hier hatte es sich bei einem scheinbar belanglosen Ereignis um eine Machtprobe vor Ort gehandelt, die mit einem Kompromiß endete, was auf eine ziemlich starke Stellung Goerdelers hinweist.

Zur gleichen Zeit scheint er sich auch gegen die Besetzung des gewerkschaftlichen Volkshauses und der sozialdemokratischen "Leipziger Volkszeitung" eingesetzt zu haben<sup>6</sup>, und zwar mit gewissem zeitweiligen Erfolg, da die Besetzung des Volkshauses ausgesetzt wurde.<sup>7</sup>

Nur schwer ist Goerdelers Verhalten bei den Repressalien gegenüber den jüdischen Bürgern einzuordnen. Der von Ritter und Meyer-Krahmer bezugte persönliche Einsatz zum Schutz von bedrohten Juden im Frühjahr 1933 soll nicht angezweifelt werden.<sup>8</sup> Die Akten geben diesbezüglich keinen Hinweis, die meisten Verordnungen zur Verdrängung der Juden aus ihren Ämtern und dem gesellschaftlichen Leben der Messestadt tragen Goerdelers Unterschrift oder sind von ihm abgezeichnet worden. Vielleicht gilt auch hier, daß er keine Chance zum wirkungsvollen Eingreifen erkennen konnte. Möglicherweise hoffte er auch, durch eine Entlassung, deren Verfahren er noch bestimmen konnte, Schlimmeres zu verhüten. Ein Indiz dafür könnte seine Begründung für die von ihm

---

1. Vgl. StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, 31 d ff.

2. Vgl. ebd., Bl. 37 c.

3. Vgl. ebd., Bl. 31 d.

4. Das ist aus einer Notiz in der Leipziger Zeitung vom 10. Mai 1934 zu entnehmen.

5. Vgl. Neue Leipziger Zeitung. 16. März 1933.

6. Vgl. StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 37 c.

7. Vgl. Sächsisches Verwaltungsblatt. 1933, Nr. 26, S. 187.

8. Vgl. G. Ritter: Carl Goerdeler ... A.a.O., S. 64; M. Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler ... A.a.O., S. 73.

verfügte Beurlaubung von Generalmusikdirektor Brecher am 20. März 1933 sein, in der er betonte, er habe Brecher von sich aus beurlaubt, "da sein Auftreten in der Oper zu Störungen der Vorstellungen ... Anlaß gegeben hätte".<sup>1</sup> In diesem Zurückweichen kann freilich auch das Fortwirken einer tiefsitzenden, sonst kaum zu Tage tretenden Animosität gegenüber Juden erkannt werden, die bei einem gläubigen und humanistisch geprägten Menschen wie Goerdeler sonst kaum spürbar war. Daß diese bei Goerdeler und anderen Angehörigen der sich herausbildenden nationalkonservativen Verschwörung z.T. sogar zu einem "Verlust sittlicher Maßstäbe unter dem Eindruck des Unfaßbaren", d.h. der sich abzeichnenden Vernichtung der Juden, geführt habe, wie in einer neueren Darstellung eingeschätzt wurde<sup>2</sup>, dürfte für ersteren so nicht zutreffen. Eher scheinen die Intentionen Goerdelers damit erfaßt zu werden, daß in seinem Bestreben 1933/1934, "Ausuferungen" der Rassenpolitik entgegenzuwirken, der Versuch für eine zum Zeitpunkt machbare Hilfe erkannt wird.<sup>3</sup> Ganz nüchtern und aus der Erwartungshaltung der Bedrohten her beurteilt, zählte vor allem die unmittelbar wirksame Unterstützung, auch dann, wenn die Helfer nicht frei von Resentiments gegenüber den Juden waren. Das Überwinden oder wenigstens das Unterdrücken solcher Vorbehalte – wenn es sie gegeben hat – ist aber eher als moralischer Faktor zu Gunsten der Helfenden denn als moralische Schwäche zu werten. Bedenkenswert ist dagegen der Einwand, daß eine auch nur begrenzte Kooperation mit dem NS-Regime gerade auf diesem Gebiet letztlich der Eskalation der Judenpolitik Vorschub leistete, weil dadurch der schrittweisen Gewöhnung der Bevölkerung an eine sich steigernde judenfeindliche Politik ungewollt zugearbeitet wurde.<sup>4</sup>

Die faschistische Variante des Antisemitismus ist gewiß ein Faktor gewesen, der zur allmählichen Distanzierung Goerdelers gegenüber dem Nationalsozialismus beitrug, vermutlich aber weniger als andere Enttäuschungen. Zu diesen gehörten nicht zuletzt solche wirtschaftspolitischer Art. Nach seiner erneuten Berufung zum Reichspreiskommissar, die vom 5. November 1934 bis zum 1. Juli des Folgejahres befristet wurde, schien er zwar mit gewissem Erfolg dem Preisauftrieb entgegenwirken zu können, doch Reibereien mit der Partei und das Fehlschlagen seiner Bemühungen, der abenteuerlichen Finanzpolitik Schachts und der Autarkiewirtschaft gegensteuern zu können, mußten ihn allmählich

---

1. StA I., Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 54.

2. Ch. Dipper: Der Widerstand und die Juden. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ... A.a.O., S. 612.

3. Vgl. M. Krüger-Charlé: Carl Goerdelers Versuche ... A.a.O., S. 394.

4. Vgl. ebd.

ernüchtern. Aber auch dann hegte er noch die Überzeugung, daß Hitler falsche Ratgeber habe<sup>1</sup>, was ihn dazu bewog, mit Denkschriften und Veröffentlichungen auf Hitler und andere Mächtige einzuwirken, damit die Wirtschaft auf eine solidere Grundlage gestellt werde. Appelle zur strengsten Sparsamkeit verband er immer wieder mit Warnungen vor einem forcierten Dirigismus in der Wirtschaft. Noch Anfang 1937 beschwor er: "Der Staat will nicht selbst wirtschaften, sondern er will nur die Wirtschaft führen."<sup>2</sup> Der Reichsbank billigte er nur die Funktion zu, "der Schaffung und Sicherung einer zuverlässigen Währung und der Aufrechterhaltung des Tauschverkehrs mit Zahlungsmitteln und ohne Geldscheine" zu dienen.<sup>3</sup> Es ist bei der Bewertung solcher Postulate nicht so sehr von Belang, daß sie teilweise antiquierte Wirtschaftsgrundsätze offenbarten; in erster Linie zählt vielmehr die öffentliche Kritik an der Wirtschaftspolitik des Regimes. Diese äußerte sich noch deutlicher in der Schlußsentenz einer Artikelserie Anfang 1937: "Für alle öffentlichen Verwaltungen ist ... die Offenlegung ihres Wirtschaftsverhältnisses, insbesondere ihres Haushaltsplanes, von Ausnahmefällen abgesehen, ein unabdingbares Grundgesetz."<sup>4</sup>

Für Goerdeler hing die Glaubwürdigkeit des Nationalsozialismus in besonderer Weise davon ab, wie dieser es mit der Kommunalpolitik hielt. Die Einschränkung der Befugnisse der Stadtverordneten war durchaus in seinem Sinne. Wenn er im Mai 1933 schrieb, "daß die kommunale Selbstverwaltung nur möglich ist in einem Staatswesen, das nicht seine Gewalt auf der Grundlage hemmungsloser Demokratie ausübt" und das Führerprinzip forderte<sup>5</sup>, so klang das fast wörtlich wie die Begründung der Verringerung des Ratskollegiums und der Ratsmitglieder durch Haake, der von der "Beseitigung aller ungesunden Hemmungen einer parlamentarischen Verwaltungsmaschine, die einst die Selbstverwaltung lahmlegte"<sup>6</sup>, schrieb. Es ist anzunehmen, daß bei dem Abbau der Mitbestimmung der parlamentarischen Körperschaften der Stadt beide an einem Strang zogen, vorerst jedenfalls. Ein knappes Jahr später kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Haake und seinem

---

1. H. Mommsen: Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ... A.a.O., S. 572.

2. Der deutsche Volkswirt. 1937, Nr. 21, S. 1017.

3. Ebd., Nr. 23, S. 1114.

4. Ebd., Nr. 24, S. 1165.

5. Zitat aus der Europäischen Revue nach der Neuen Leipziger Zeitung. 6. Mai 1933.

6. Ebd. 16. Juli 1933.

Oberbürgermeister wegen eines Zeitungsartikels, in dem Goerdeler wegen seines Verhaltens am 8. März recht rüde angegriffen wurde, wofür sich Haake in der Stadtverordnetenversammlung entschuldigen mußte.<sup>1</sup> Dabei ging es nicht nur um persönliche, sondern um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Hier wie auch anderswo zeigte es sich, daß die scheinbare Übereinstimmung kommunalpolitischer Grundsätze zwischen Goerdeler und den Nazis in Leipzig und bei der Arbeit an einer neuen reichsweiten Gemeindeordnung nur zeitweilig und wegen grundsätzlicher Mißverständnisse möglich war.

Goerdeler setzte große Hoffnungen auf diese Gemeindeordnung, weshalb er sich bei den Vorarbeiten sehr engagierte<sup>2</sup> und auch bereit war, der NSDAP beträchtlichen Einfluß auf die Kommunalverwaltung zuzugestehen. Sein Bestreben ging dahin, den Einfluß der Reichs- und Länderinstanzen – sei es durch Staats- oder Parteiorgane – so niedrig wie möglich zu halten. Scheinbar befriedigte ihn denn auch das Endresultat im Frühjahr 1935, wie Erklärungen Goerdelers unmittelbar nach der Inkraftsetzung der Deutschen Gemeindeordnung<sup>3</sup> und einige Jahre später<sup>4</sup> zu belegen scheinen. Solche Äußerungen können in der Öffentlichkeit taktischer Natur und in nicht für die Veröffentlichung gedachten Aufzeichnungen Ausdruck der Selbstbestätigung oder Selbstberuhigung gewesen sein. Bei der Bewertung solcher und anderer Äußerungen Goerdelers ist nicht nur die besondere Situation, in der er sich als hoher Beamter, der noch nicht in grundsätzlicher Opposition stand, oder als Privatmann seit 1937, der sich immer noch in einer sozusagen offiziellen Mission wähnte, zu berücksichtigen. Auch seine aus einem sanguinischen Naturell herrührenden schnellen Stimmungsumschwünge führten zu wechselnden Bewertungen des gleichen Gegenstandes.

Mochte Goerdeler zunächst glauben, mit der neuen Gemeindeordnung gut leben zu können, so mußte er bald erfahren, daß ihre Ausnutzung durch die realen Machtverhältnisse bestimmt wurde. Für ihn selbst sprach dabei zunächst seine persönliche Autorität, die durch vielfältige Beziehungen mit Vertretern der alten Eliten und mit den maßgeblichen NS-Führern auf Reichsebene und Hitler selbst in einer Weise erhöht wurde, wie das für keinen anderen Oberbürgermeister zutraf. Dadurch konnte er in seiner Auseinandersetzung mit den Parteidienststellen um die Berufung und Ernennung der Gemeinderäte in der

---

1. Vgl. StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 2, Bl. 98 c.

2. Vgl. M. Krüger-Charlé: Carl Goerdelers Versuche ... A.a.O., S. 388.

3. Vgl. StA L, Kap. 7, Nr. 49, Bd. 1, Bl. 15.

4. Vgl. M. Krüger-Charlé: Carl Goerdelers Versuche ... A.a.O., S. 391.

zweiten Hälfte des Jahres 1935 zunächst Vorteile erzielen.<sup>1</sup> Bald jedoch zeigte es sich, daß auch in der Kreishauptmannschaft Leipzig und in der Messestadt selbst die Wirkungsmöglichkeit der kommunalen Räte immer geringer und der Einfluß der Beauftragten der NSDAP in den Körperschaften immer größer wurde.<sup>2</sup> Im Gerangel um einen neuberufenen Ratsherrn, den SS-Standartenführer Gunst, der zunächst bald wieder beurlaubt, dann im Juni 1936 trotz "mangelnder Dienstaufsicht über Untergebene"<sup>3</sup> erneut eingestellt und nur mit einem Verweis der SS bestraft wurde, deutete sich bereits an, wo die Grenzen des alten Oberbürgermeisters lagen, auch wenn der Weggang des Standartenführers aus Leipzig vier Monate später wie ein Kompromiß zwischen der alten und neuen Macht aussah. Die Ereignisse um das Mendelssohn-Denkmal zwangen denn auch Goerdeler zur Einsicht, daß er sich am falschen Platz hoffnungslos erschöpfte.

Es ist möglich, daß die mit einem Schreiben der NSDAP-Kreisleitung vom 8. Mai 1936 einsetzende systematische Kampagne für die Beseitigung des 1892 im Gewandhaus eingeweihten Denkmals des "Vollblutjuden Mendelssohn-Bartholdie"(!), in dem angeblich die Mehrheit der Leipziger Bevölkerung ein "öffentliches Ärgernis"<sup>4</sup> sehe, von vornherein zur Kraftprobe mit Goerdeler angelegt war. Dieser versuchte zunächst Zeit zu gewinnen. Eine Finnland-Reise Goerdelers nutzten jedoch dessen Gegner, um am 9. November mit dem Abriß des Denkmals zu beginnen. Da seine Forderung nach Wiederaufstellung abgelehnt wurde, reichte er sofort seinen Rücktritt als Oberbürgermeister ein.

Zwar entsprachen schnelle Entschlüsse Goerdelers Eigenart, aber diesem schwerwiegenden Schritt, der nichts weniger als den Verzicht auf das für ihn maßgeschneiderte Amt bedeutete, waren gründliche Überlegungen vorausgegangen. Es ist darauf verwiesen worden, daß eine Chance zum Sturz der NS-Herrschaft von innen heraus nur dann bestand, wenn dabei Angehörige des Machtapparates die maßgebliche Rolle spielten, wozu die vorherige Überwindung eigener nationalsozialistischer Positionen oder Sympathien notwendige Voraussetzung bildete.<sup>5</sup>

---

1. Vgl. StA L, Kap. 7, Nr. 49, Bd. 1, Bl. 58 ff.

2. Vgl. ebd., Bl. 103 und 129.

3. Ebd., Bl. 132.

4. Zu den Auseinandersetzungen um das Denkmal, die den Rücktritt Goerdelers auslösten, vgl. ebd., Kap. 26, Nr. 35, Bl. 43 ff.

5. So bei Schmädecke/Steinbach: Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Zu einer Bilanz nach vierzig Jahren. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ... A.a.O., S. XXIV.



Die Jahre der Kooperation mit den Nazis waren für Goerdeler so etwas wie der arge Weg der Erkenntnis gewesen, der nicht nur zur Verweigerung gegenüber den Machhabern führte, sondern auch die kritische Prüfung seines bisherigen Wertesystems überhaupt einschloß; anders ist sein weiterer Lebensweg kaum nachvollziehbar. Denn von jetzt ab betrieb er mit aller ihm eigenen Konsequenz die Formierung einer Opposition mit dem Ziel, Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen und den Kurs auf den Krieg zu beenden. Das konnte nur durch die Beseitigung Hitlers und seiner Clique auf gewaltsame Art geschehen, was Goerdeler widerstrebte, aber von ihm in Kauf genommen wurde. Es ist nur schwer vorstellbar, daß die Verschwörung vom 20. Juli 1944 ohne ihn zustande gekommen wäre.

## NÄCHSTE VERANSTALTUNGEN

Der Vorstand des Vereins informiert hiermit über die nächsten Podiumsdiskussionen. Wir laden Sie dazu sehr herzlich ein und bitten Sie, Interessenten und Sympathisanten unseres Vereins zu informieren und einzuladen.

\*

Am 9. November 1991 in der Zeit von 10.00 bis ca. 16.00 Uhr  
im Vereinshaus Leipzig, Großer Saal  
7010 Leipzig, Seeburgstr. 5-7

### Thema

Antifaschismus in der DDR  
Verengte Sicht und Mißbrauch  
Tradition und Werte

Referate und Beiträge haben zugesagt:

Prof. Dr. Sigrid Bock (Berlin),  
Prof. Dr. Werner Bramke (Leipzig),  
Prof. Dr. Kurt Finker (Potsdam) und  
Prof. Dr. Kurt Pätzold (Berlin)

\*

Am 23. November 1991 in der Zeit vom 10.00 bis ca. 14.00 Uhr  
im Gebäude des Landtages Sachsen, Zi. 100  
8012 Dresden, Devrientstr. 4

### Thema

Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern

\*

Für Dezember lädt der Vorstand alle Mitglieder und Interessenten zu REGIONALTREFFEN des Vereins ein, auf denen wir über die bisherige und zukünftige Arbeit beraten wollen.

Folgende Termine sind vorgesehen:

Für die Region LEIPZIG findet die Veranstaltung  
am 11. Dezember um 19 Uhr im Vereinshaus,  
7010 Leipzig, Seeburgstr. 5-7, statt.

Mitglieder und Interessenten der Region CHEMNITZ  
sind für den 13. Dezember um 19 Uhr  
in das KIZ in Chemnitz, Stollberger Str. 38-40,  
eingeladen.

Die Zusammenkunft in der Region DRESDEN  
soll am 14. Dezember stattfinden.

Mit dem nächsten Heft der Mitteilungen werden wir noch einmal die genauen Termine und Tagungsorte bekanntgeben.

## INFORMATIONEN DES VORSTANDES

Vom 2. bis 4. November 1991 findet in Tokio ein internationales Gedenksymposium für Rosa Luxemburg unter dem Thema "Rosa Luxemburg in der heutigen Welt" statt. Das Symposium wird vom Institut für Sozialwissenschaft und dem Institut für Ökonomie der Universität Chuo in Zusammenarbeit mit der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, der Wissenschaftlichen Gesellschaft für die Geschichte der Gesellschaftsphilosophie, der Wissenschaftlichen Gesellschaft für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft sowie mit Unterstützung mehrerer japanischer Gewerkschaften ausgerichtet.

Der "Verein zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V." wurde zu diesem Symposium eingeladen.

Da aus materiellen Gründen kein Vertreter unseres Vereins an dieser Veranstaltung teilnehmen kann, hat der Vorstand in einem Grußschreiben an die Teilnehmer des Gedenksymposiums für die Einladung gedankt und die Verbundenheit der Mitglieder des Vereins mit allen Teilnehmern bekundet, die – wie es in der Einladung heißt – "das Vermächtnis Rosa Luxemburgs für die heutige sich schnell wandelnde Welt und auch für die Zukunft der Menschheit" diskutieren und bewahren wollen.

\*

